

Europapolitische Forderungen der Liberalen Kommunalpolitiker

Beschlossen von der 27. Bundesdelegiertenversammlung
am 7. und 8. Oktober 2011 in Berlin.

1. Die VLK-Bundesdelegiertenversammlung fordert die deutschen Europapolitiker auf, sich aktiv für die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips gemäß Artikel 5 des Lissabon-Vertrages vom 01.12.2009 einzusetzen und damit auch zukünftig den Handlungsspielraum für die kommunale Selbstverwaltung sicherzustellen.
2. Die VLK fordert die Europapolitiker auf, auch für europäische Richtlinien und Verordnungen, die mittelbar oder unmittelbar kommunale Haushalte beeinflussen, ein transparentes Verfahren zur Kostenfolgeabschätzung für die kommunale Ebene zu einem Zeitpunkt festzusetzen, wo europäische Gesetzgebungsakte noch im Beratungsverfahren sind.
3. Aktuell wendet sich die VLK gegen Bestrebungen der europäischen Kommission
 - die öffentlichen Verkehrssysteme zu vereinheitlichen, z. B. in der Weise, dass der ÖPNV EU-weit gleichartig organisiert und durchgeführt werden muss
 - die Ankündigung, das europäische Auftragsrecht stärker für die Unterstützung von anderen Politiken einzusetzen (vergabefremde Kriterien),
 - die Absicht, sogenannte Stadtmobilitätspläne als verbindliche neue Planungsinstrumente zu installieren.